



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

## PRESSEKONFERENZ

13. JANUAR 2005

### EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vizepräsident und ich begrüßen Sie herzlich zur ersten Pressekonferenz im Jahr 2005 und wünschen Ihnen alles Gute für das neue Jahr. Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, um unser tiefes Mitgefühl mit den Opfern der Flutkatastrophe und deren Familien in den betroffenen Ländern und in der übrigen Welt zum Ausdruck zu bringen.

Ich möchte Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch Jean-Claude Juncker in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des ECOFIN-Rats und der Eurogruppe sowie José Manuel Barroso, der Präsident der Europäischen Kommission, teilnahmen. EU-Kommissar Joaquín Almunia war ebenfalls eingeladen.

Der kurzfristige Inflationsdruck hielt zwar an, ließ aber in jüngster Zeit etwas nach; hierfür waren vor allem die rückläufigen Ölpreise, die im Oktober Höchststände erreicht hatten, verantwortlich. Gleichzeitig gibt es derzeit keine deutlichen Anzeichen dafür, dass sich im Euro-Währungsgebiet ein binnenwirtschaftlicher Preisdruck aufbaut. Dementsprechend haben wir die Leitzinsen der EZB unverändert auf ihrem im historischen Vergleich niedrigen Niveau belassen. Auf mittlere Sicht bestehen jedoch weiterhin Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität, weshalb Wachsamkeit hinsichtlich dieser Risiken weiterhin unabdingbar ist.

Ich möchte Ihnen nun unsere Einschätzung näher erläutern und zunächst auf die **wirtschaftliche Analyse** eingehen. Eurostat hat gestern eine neue Schätzung für das reale BIP-Wachstum im dritten Quartal veröffentlicht und dabei seine vorangegangene Schätzung von 0,3 % im

Quartalsvergleich bestätigt. Zwar liegen noch keine vollständigen Angaben zum vierten Quartal vor, doch deuten die neuesten gesamtwirtschaftlichen Daten und Umfrageergebnisse trotz einer gewissen Uneinheitlichkeit auf ein anhaltend moderates Wachstum hin.

Vorausschauend ist festzustellen, dass die Voraussetzungen für eine Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs weiterhin gegeben sind. In außenwirtschaftlicher Hinsicht ist davon auszugehen, dass das Weltwirtschaftswachstum robust bleibt. Die Exporte des Euroraums dürften nach wie vor von der Stärke der weltweiten Nachfrage profitieren. Binnenwirtschaftlich gesehen sollte die Investitionstätigkeit durch die äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen im Euroraum, eine bessere Ertragslage und die aufgrund fortgesetzter Umstrukturierungsmaßnahmen gesteigerte Effizienz der Unternehmen weiter gestützt werden. Außerdem dürften sich die privaten Konsumausgaben im Einklang mit dem real verfügbaren Einkommen entwickeln. Auch würde es den privaten Verbrauch begünstigen, wenn die Unsicherheit über das Ausmaß und Tempo der Haushaltskonsolidierung und der Strukturreformen im Euro-Währungsgebiet nachläßt.

Die Abwärtsrisiken für die wirtschaftlichen Perspektiven aufgrund der Ölpreisentwicklung sind in den vergangenen Wochen leicht gesunken. Was die Wechselkursentwicklung angeht, so halten wir an unserer hinsichtlich der kräftigen Euro-Aufwertung bereits geäußerten Meinung fest, dass solche Kursbewegungen unerwünscht und nicht förderlich für das Wirtschaftswachstum sind.

Was die Preisentwicklung betrifft, so belief sich die am HVPI gemessene jährliche Teuerungsrate laut der Vorausschätzung von Eurostat im Dezember auf 2,3 % gegenüber 2,2 % im November. In den kommenden Monaten dürften die Inflationsraten trotz des jüngsten Ölpreisrückgangs weiterhin über 2 % liegen. Auf längere Sicht deuten die bisher verfügbaren Informationen allerdings darauf hin, dass die HVPI-Inflation im Verlauf des Jahres 2005 unter 2 % sinken wird, wenn keine weiteren negativen Schocks auftreten. Darüber hinaus lassen die aktuellen Indikatoren nicht darauf schließen, dass sich im Euro-Währungsgebiet ein binnenwirtschaftlicher Preisdruck aufbaut. Die Lohnerhöhungen halten sich angesichts der Fortsetzung des moderaten Wirtschaftswachstums und der schwachen Entwicklung der Arbeitsmärkte nach wie vor in Grenzen.

Bei den insgesamt günstigen Aussichten für die Preisentwicklung auf mittlere Sicht gibt es gleichwohl Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität. Aufgrund der vorangegangenen Ölverteuerung kommt es weiterhin darauf an, Zweitrundeneffekte bei der Lohn- und Preisbildung in der Gesamtwirtschaft zu vermeiden. Die Verantwortung der Sozialpartner spielt hierbei auch in

Zukunft eine wichtige Rolle. Außerdem muss die Entwicklung der indirekten Steuern und administrierten Preise genau beobachtet werden.

Was die **monetäre Analyse** angeht, so bestätigen die jüngsten Daten unsere bisherige Einschätzung. Das Geldmengen- und Kreditwachstum hat sich in der zweiten Jahreshälfte 2004 vor allem infolge des derzeit niedrigen Zinsniveaus beschleunigt. Angesichts der Stärke des Geldmengenwachstums in den vergangenen Jahren ist im Euro-Währungsgebiet nach wie vor deutlich mehr Liquidität vorhanden, als zur Finanzierung eines inflationsfreien Wachstums erforderlich ist. Insgesamt gesehen deutet die monetäre Analyse auf Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere bis längere Sicht hin. Gleichzeitig könnte die hohe Überschussliquidität im Zusammenwirken mit der kräftigen Kreditexpansion in einigen Ländern zu auf Dauer nicht tragbaren Preissteigerungen an den Immobilienmärkten führen.

Zusammenfassend geht aus der wirtschaftlichen Analyse hervor, dass sich der binnenwirtschaftliche Preisdruck in Grenzen hält, die Aufwärtsrisiken für die mittelfristige Preisstabilität jedoch sorgsam beobachtet werden müssen. In diesem Zusammenhang sollte unbedingt vermieden werden, dass kurzfristige Verbraucherpreisentwicklungen auf die langfristigen Inflationserwartungen durchschlagen. Die **Gegenprüfung** anhand der monetären Analyse spricht dafür, hinsichtlich des Eintretens von Risiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht weiterhin wachsam zu bleiben.

Was die **Finanzpolitik** und die **Strukturreformen** angeht, so werden auf die Regierungen und Institutionen der Europäischen Union im Verlauf dieses Jahres viele große Herausforderungen zukommen.

An erster Stelle steht hierbei das Erfordernis, die öffentlichen Finanzen durch die rasche Beseitigung übermäßiger Defizite und die Rückkehr zu einer energischen Haushaltskonsolidierung zu stärken. Darüber hinaus ist es notwendig, dass sich die Europäische Union den großen Herausforderungen stellt, die eine alternde Bevölkerung für die geltenden Renten- und Sozialversicherungssysteme mit sich bringt.

Darüber hinaus muss in der anhaltenden Debatte um das finanzpolitische Regelwerk der EU nun eine überzeugende und vertrauensbildende Lösung gefunden werden. Der bestehende finanzpolitische Rahmen, der im EG-Vertrag und im **Stabilitäts- und Wachstumspakt** verankert

wurde, ist ein Eckpfeiler der Wirtschafts- und Währungsunion und spielt daher für die Erwartungen hinsichtlich der Wahrung der Haushaltsdisziplin eine zentrale Rolle. Der EZB-Rat ist überzeugt, dass Verbesserungen bei der Umsetzung des Stabilitätspakts möglich sind. Gleichzeitig bekräftigt er erneut seine Auffassung, dass eine Änderung der Verordnungen, eine Aufweichung der 3 %-Defizitobergrenze oder die Abschwächung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit kontraproduktiv wären.

Was die Strukturpolitik angeht, so bietet die anstehende Zwischenprüfung der Agenda von Lissabon eine gute Gelegenheit, den strukturellen Reformen im Euro-Währungsgebiet neue Impulse zu verleihen. Dies wurde auch im jüngst veröffentlichten Kok-Bericht angemahnt. Mit Nachdruck unterstützen wir eine Reformagenda, die auf die Erhöhung des Beschäftigungswachstums, die Förderung von Investitionen, die Stimulierung von Innovationen sowie auf die Steigerung der Produktivität ausgerichtet ist. Fortschritte in dieser Richtung verbessern nicht nur das mittelfristige Wachstumspotenzial der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets, sondern tragen auf kürzere Sicht auch zur Stärkung des Verbraucher- und Unternehmervertauens bei.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

**Europäische Zentralbank**  
Abteilung Presse und Information  
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main  
Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404  
Internet: <http://www.ecb.int>  
**Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.**